

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Ilg, bringt mit folgender Rede den Haushaltsplanentwurf 2012 der Stadt Heidenheim ein:

*(Es gilt das gesprochene Wort.)*

## **Zusammenhalt und Zukunft**

### **Einleitung**

„Zusammenhalt und Zukunft – nur mit starken Städten!“ so lautete das Motto der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Zum Selbstverständnis, dass die Kommunen den Mittelpunkt des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens darstellen, gehört der Auftrag, Menschen unterschiedlicher Herkunft zu integrieren. Mit den Teilnehmern aller anderen deutschen Städte war sich auch unsere Delegation einig: Die Lebensqualität in den Städten, politische Stabilität und sozialer Zusammenhalt, die Qualität der Infrastruktur sowie die Verfügbarkeit von Fachkräften sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Eine wichtige Rolle kommt dabei den Kommunen als der bürgernächsten Politik- und Verwaltungsebene bei der Vernetzung ökologischer, sozialer und ökonomischer Ansprüche zu. Die Zukunftsaufgaben können nur bewältigt werden, wenn die staatlichen Ebenen zielgerichtet zusammenarbeiten und Rahmenbedingungen auch eingehalten werden. Dazu zählt die Stärkung der kommunalen Handlungsspielräume und die Kompetenzen in der Bildung, nicht zuletzt die nachhaltige Entwicklung der kommunalen Infrastruktur.

Die Entwicklung der Stadt Heidenheim verlief in den letzten Jahren positiv. Weil Veränderungsprozesse immer im Gange sind, werden wir den Zusammenhalt und die Zukunft unserer Stadt ständig gewährleisten müssen. Zum Zusammenhalt unserer städtischen Gemeinschaft gehören für mich die Dienst- und Sozialleistungen, die eine Stadtpolitik unterstützen kann. Gleichmaßen wichtig ist die Verantwortung um eine kontinuierlich gute Wirtschaftspolitik in einer modernen Industriestadt. Sport und Kultur nicht gegenseitig auszuspielen, sondern zu fördern und zwar ihrem Potenzial entsprechend, ist ebenso relevant. Zusammenhalt heißt, wir lassen keine Ab- und Ausgrenzungen zu. Wo Unsicherheit aufkommt, stoßen wir neue Entwicklungen an und öffnen Perspektiven. Wenn im Städtetag formuliert wird, dass der Austausch zwischen Stadtpolitik und Stadtgesellschaft eine noch nicht komplett genutzte Ressource in der Stärkung und im Schutz des Zusammenhaltes ist, trifft dies auch in Heidenheim zu. Bürgerbeteiligung, das durften wir vor wenigen Tagen erfahren, ist mehr als eine Strategie zur Konfliktbewältigung.

Unser Prozess der Stadtentwicklung war und ist eingeteilt in strategische Handlungsfelder. Die formulierte Vision lautet: Heidenheim zieht Menschen aller Generationen an, weil es sich hier besser leben, wohnen und arbeiten lässt. Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung, den Fachkräftemangel und den Sanierungsbedarf ist diese Vorstellung unserer Zukunft ambitioniert. Nachdem wir die Handlungsfelder Landesgartenschau, Schlossberg und Teile der Stadtsanierung gut gemeistert haben, gehen wir auch die anstehenden Herausforderungen engagiert an. Dazu zählen nach wie vor die Stadtentwicklung, Bildung und Betreuung, die Generationengerechtigkeit, die Wohnstadt, damit inkludiert eine Imagesteigerung und dies alles auf dem Fundament einer soliden Finanzwirtschaft.

### **Rückblick 2011**

Wer gibt schon gerne zu, sich geirrt zu haben? In der Einschätzung der Kommunalfinanzen des Jahres 2011 lagen wir jedenfalls gänzlich daneben. Gestrichen und gestritten haben wir uns einmal mehr und den Haushalt einer Aufgabenkritik unterzogen. Schließlich dem Verwaltungshaushalt ein negatives Ergebnis attestiert. Es kam dann glücklicherweise ganz anders.

Die globale Wirtschaft sorgte für Aufträge und Exportüberschüsse. Industrie und Dienstleister in der Stadt trugen dazu bei, dass mehr Menschen eine Arbeit fanden und die erhöhten Steuern zum Einnahmepplus bei Bund, Ländern und Gemeinden führten. Konkret haben wir den Haushaltsplan durch einen Nachtrag nach oben korrigiert: Beim gesamten Volumen um 18 Millionen Euro, bei der Gewerbesteuer um 15 Millionen Euro. Aus einer Rücklagenentnahme wurde eine Rücklagenzuführung und mit zusätzlichen Investitionen konnte die To-do-Liste weiter abgearbeitet werden. Gut, dass es so und nicht anders

gekommen ist. Der besondere Dank gilt den Unternehmen der Stadt, ihren Verantwortlichen und den Beschäftigten.

Die Schwerpunkte lagen entsprechend den strategischen Handlungsfeldern bei der Bildung und Betreuung und bei der Stadtentwicklung. So konnte beim Ploucquet-Areal nach der Phase des Planens die der Umsetzung beginnen. Beim WCM-Areal konnte in wenigen Wochen wohl mehr abgebrochen werden, als im Laufe des gesamten Jahres Neues in der Stadt aufgebaut wurde. Mit dem Schlossberg und dem Brenzpark hat die Stadt Veranstaltungs- und Freizeitmöglichkeiten, die ihresgleichen suchen.

Der prall gefüllte Veranstaltungskalender des laufenden Jahres beweist, was im gesellschaftlichen Leben in Sport und Kultur angeboten wird. Ein ganz wichtiger Teil unserer Stadtgesellschaft, der sich hier wieder spiegelt. Darüber hinaus nahm sich unsere funktionierende Gemeinschaft den Herausforderungen des demographischen Wandels genauso an wie sozialpolitischen Veränderungen. Generationengerechtigkeit ist ein Prozess, den wir in vielen kommunalen Handlungsfeldern einbeziehen.

Dass die Piraten ins Congress Centrum einzogen, bevor sie das Rote Rathaus in Berlin stürmten, war mehrfach getwittert worden.

Politisch war die Landtagswahl mit der neuen Grün-Roten Regierung ähnlich spektakulär wie der Ausstieg aus der Atomenergie durch den Bund. Beide Ergebnisse fordern an unterschiedlichen Stellen uns und andere Kommunen zu Neuausrichtungen auf.

Ein mutiger Schritt zur Neuausrichtung hat eingeschlagen: mit einer zweitägigen „werkSTADT“ im Congress Centrum gelang es offensichtlich, Herz und Verstand der Bürgerinnen und Bürger in Sachen Mitsprache und Beteiligung zu treffen. Rund 300 Menschen haben sich gemeinsam Gedanken gemacht, wie sie „in Zukunft Stadt sein wollen“. Herausgekommen sind über 100 Themen, die in rund 90 Arbeitskreisen diskutiert wurden. Dreizehn Handlungsschwerpunkte ließen sich gemeinsam verdichten – in vielen sehe ich eine offizielle Bestätigung unserer strategisch ausgerichteten Kommunalpolitik: etwa im Wunsch nach einer „energieautarken Stadt“, im Postulat „den Landverbrauch einzuschränken“, in der Verbesserung des „Rad-, Fußgänger- und öffentlichen Personennahverkehrs“, in den Bemühungen, „junge Leute für Heidenheim zu gewinnen“ oder bei den Überlegungen zur „Nutzung des WCM-Areals“. „Heidenheim als Uni-Stadt“ oder die Vision „Stadtgrenze 2030“ zählen sicher zu den langfristig angelegten Vorhaben, für die es vieler kleiner mutiger Schritte bedarf. „Bürgerbeteiligung“ und „Sexy Stadt“ (an anderen Stellen schon als „Charme-Offensive“ bezeichnet) werden uns alle als ständige Herausforderung begleiten, und dann gab es auch Stoff zum Nachdenken: Die Gestaltung öffentlicher Plätze, „die Brenz für Jung und Alt“, „Integration und Teilhabe“ und das „Haus der Bildung“ brauchen offensichtlich noch mehrere kommunikative und kreative Schritte, bis sie in vorgeschlagener oder weiter entwickelter Form umgesetzt werden können.

Ich persönlich bin dankbar für so viel engagiertes Mitdenken, für kritische Fragen, aber auch für Vorschläge, die wir mit „schon erledigt“ beantworten dürfen.

Den meisten Teilnehmenden wurde aber auch klar, dass die überwiegend komplexen Themen eben nicht einfach Gemeinderat und Verwaltung vor die Füße geworfen werden können mit dem Auftrag „Macht mal!“. Komplexität heißt eben auch, dass es nicht nur schwarz oder weiß, dafür oder dagegen gibt und dass wir es nie allein Recht machen können. Wir alle sind Stadt und über allen Handlungsempfehlungen steht immer auch die Frage an die Ideengeber: „Was bin ich selbst bereit, für mein Thema einzusetzen und beizutragen?“

Persönlich nehme ich alle Ergebnisprotokolle Ernst und ich wiederhole mein Versprechen größtmöglicher Transparenz. Verwaltung und Gemeinderat müssen aber auch Ernst genommen werden, wenn wir im Einzelfall auf nachweislich rechtliche, finanzielle oder faktische Grenzen verweisen müssen. Mit diesem Verständnis haben wir einen Prozess angestoßen, der den Weg in die Zukunft nachhaltig ebnet und gleichzeitig Wissen und Talente aller Generationen unserer Bevölkerung einbindet. Insgesamt haben wir unsere Spitzenstellung in Ostwürttemberg ausgebaut und das darf uns dankbar machen.

## **Haushaltsplan 2012**

Die rasche wirtschaftliche Erholung führte bei uns, wie bei anderen Städten, zu Rekordwerten bei der Gewerbesteuer als der wichtigsten Steuer der Städte. Trotzdem kann für die Kommunalfinanzen keine nachhaltige Verbesserung festgestellt werden, weil strukturelle Defizite bleiben. Die Gemeindefinanzkommission konnte auch dieses Mal die grundsätzlichen Probleme nicht lösen. Dies sage ich im Wissen um die erzielten Verbesserungen im Bereich der Sozialausgaben. Hier muss die schrittweise Übernahme der Grundsicherung im Alter als erfreuliche Entlastung anerkannt werden, insbesondere für finanzschwache Kommunalverbände.

Sorge bereiten die Sozialausgaben, die wir insbesondere über die Kreisumlage finanzieren. Wachsende Ausgaben sind auch bei der Kinderbetreuung zu konstatieren. So unstrittig Verbesserungen im Betreuungsangebot sind, so strittig bleibt die Verteilung der Finanzierungslast. Auch mit der neuen Landesregierung wird deshalb über Konnexitätsfolgen gestritten werden müssen. Sollten die Länder die Umsetzung der Schuldenbremse auf dem Rücken der Kommunen ausgestalten, würde die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben völlig auseinander klaffen.

Einig bin ich mir mit Herrn Zeeb auch in der Einschätzung der Entschuldungs- und Konsolidierungshilfen. Es darf dabei nämlich nicht um eine Umverteilung der Schulden gehen, sondern um die Hilfe zu notwendigen eigenen Konsolidierungsanstrengungen und einer Aufgabenkritik der staatlichen Ebenen. Zu unseren Hausaufgaben gehört es dem gegenüber, die Anteile an der Einkommenssteuer auszubauen. Dies gelingt am Ende durch eine ansteigende Zahl von Einkommenssteuerbeziehern bei gleichzeitiger Reduktion von Transferleistungen.

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2012 sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 143.540.000 Euro vor. Steuererhöhungen sind auch in diesem Jahr nicht vorgesehen. Erfreulich auch, dass in diesem Jahr eine Zuführung an den Investitionshaushalt in Höhe von 2,5 Millionen möglich ist. Zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes ist eine Rücklagenentnahme von 12,8 Millionen erforderlich. Die Kreditaufnahme von einer Million bei gleichzeitiger Tilgung von 1,8 Millionen hat technische Gründe. Am Ende des Planjahres stünden so 46,1 Millionen Schulden, 46,6 Millionen Rücklagen gegenüber.

## **Verwaltungshaushalt**

Der Verwaltungshaushalt 2012 hat ein Volumen von 122.760.000 Euro. Über Veränderungen im Zahlenwerk wird der Stadtkämmerer anschließend detailliert berichten. Das Engagement für das strategische Handlungsfeld Bildung und Betreuung wird einmal mehr gesteigert. Waren es im vergangenen Jahr 17,6 Millionen Euro, so sind dies im Planjahr 19 Millionen. Gut, dass die beiden Bildungshäuser in die Fertigstellungsphase gelangen. Was für das gemeinsame Lernen generell gilt, ist für das Projekt Bildungshaus im besonderen gegeben. Wenn in Heidenheim sogar zwei dieser Einrichtungen entstehen, dann ist dies dem Umstand geschuldet, dass diese Lernform in der Ostschule früh begann. An der Silcherschule können Kinder vom ersten Lebensjahr bis zum Ende der Grundschulzeit gemeinsam betreut werden, lernen, spielen und Sport treiben. Gemeinsam mit Voith und Hartmann entsprechen wir damit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie innovativer Kinderbetreuung.

Weil Wissen die wichtigste Ressource ist die wir haben, entwickelten wir das Modell einer Zukunftsakademie. Dort bieten wir begabten Kindern die Plattform, um ihre Neigungen zu entdecken und ihre Begabungen zu fördern. Mit der von ihnen eingestellten neuen Leiterin und der Kooperation mit Explorhino in Aalen wird ein entscheidender Standortfaktor ausgebaut.

Der vom Bundestag beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahr 2022 war ein historischer Wendepunkt in der Energiepolitik, der mit parteiübergreifender Mehrheit zustande kam. Damit ist Deutschland die erste große Industrienation, die einen solch radikalen Weg beschreitet. Es muss hier nicht diskutiert werden, ob es eine Reise ins Ungewisse ist oder nicht. Auch die neue Landesregierung postuliert: Baden-Württemberg muss zu einer führenden Energie- und Klimaschutzregion werden. Eine

Energiewende wird am Ende nur funktionieren, wenn die Bevölkerung und die Energieversorger ihren Teil beitragen.

Das beginnt beim Energiesparen Zuhause, sowie beim Engagement örtlicher Stadtwerke und geht weiter zu den großen Energieversorgungsunternehmen, die vor gewaltigen Herausforderungen stehen.

Mit unserer Tochter, den Stadtwerken Heidenheim, wollen wir ein „Energiekonzept 2020“ umsetzen, das erneuerbare Energien deutlich forciert. Dazu soll insbesondere der Ausbau der Windenergie den essenziellen Beitrag leisten. Zur Zielerreichung bedarf es Beteiligungen an weiteren Off- und Onshoreanlagen. Insbesondere der Ausbau der Windenergie im Raum Heidenheim ist uns ein gemeinsames Anliegen. Darum haben die Stadtwerke Heidenheim Untersuchungen, Planungen und Gespräche in der Raumschaft aufgenommen und sind in der Gründungsphase einer Kooperationsmatrix zur Projektierung von Windenergievorhaben. Ich meine, wir sind in unserer kommunalen Verantwortung innerhalb der Energiewende auf gutem Wege. Dazu gehört, geeignete Standorte in den Flächennutzungsplan aufzunehmen, sobald klare gesetzliche Vorgaben vorliegen. Dazu gehört auch, wie in diesem Gremium verabredet, die kontinuierliche Sanierung der städtischen Liegenschaften unter dem Gesichtspunkt der Ökologie, der Qualität und der Wirtschaftlichkeit. Beispielhaft sei aus diesem Haushaltsplan die Schulhaus- und Kindergarten-sanierung genannt.

Zur Imagesteigerung als Klammer unserer strategischen Handlungsfelder gehört zweifellos die Kultur der Stadt. Sie wird in vielen künstlerischen Ebenen erlebbar und wird in kleinen und großen Kreisen zum Ausdruck gebracht. Dies ist per se ein Gewinn, denn die Menschen können aktiv am breiten Angebot mitwirken oder freie Zeit schöpferisch verbringen. Wenn ich jetzt die Opernfestspiele herausarbeite, dann eben nicht um andere Kulturträger abzuwerten. Wer wollte die Bedeutung des Naturtheaters verkennen, wer die Orchester und Chöre gering schätzen oder private Initiativen der Unterhaltungsmusik vermissen. Mir geht es vielmehr darum, Menschen und Organisationen einer Wiedererkennung, ein Ansehen zu vermitteln, welches sich speziell und positiv mit Heidenheim verbinden lässt.

So wie es im Sport der Fußball, in Heidenheim der 1. FCH, beim Auto die Marke, bei einer Stadt ein Wahrzeichen ist usw., so kann dieser Auftrag bei der Kultur den Opernfestspielen zukommen. Deshalb titulieren wir auch gelegentlich die Festspielstadt und verbinden damit den Anspruch eines qualitativ überdurchschnittlichen Opernangebots. Oper in Heidenheim ist bei der Vielzahl derartiger Angebote ein authentisches Bühnenwerk, eine Vorführung mit Orchester, aber ohne Action und digitale Techniken.

Zu den zehn besten Freiluftbühnen Europas zu gehören, ist doch Grund genug damit zu werben und dem Anspruch immer wieder gerecht zu werden. Garanten für den Erfolg sind Marcus Bosch, öffentliche und private Finanziierer, der Schlossberg und treue Besucher aus nah und fern. Imageträger Opernfestspiele braucht vor allem die kontinuierliche Unterstützung des Gemeinderats. Nötig ist es auch, angemessene Schritte der Qualitätsverbesserung in der Besetzung, im Orchester, im Rittersaal zu tun. Opernfestspiele Heidenheim bedingen deshalb ein angemessenes Budget, das der Gemeinderat dann aufstockt, wenn ihn die Verbesserungsvorschläge überzeugen. Vor allem aber ein Klima, das dazu beiträgt, dieses großartige Opernpotenzial in der Region und darüber hinaus zu verfestigen.

Nicht nur, um dem Vorwurf der Einseitigkeit zu begegnen, sondern um den diskutierten Defiziten abzu- helfen, wurde das Budget für das Straßenfest vergrößert. Die Veranstaltung „Brenzpark Openair for Kids“ soll in Kooperation mit Siggis Schwarz Concerts durchgeführt werden und diesem wichtigen Programm- punkt auf der Volksbank Arena Synergie geben.

Zur Zukunft der Städte gehört auch, dass die Bevölkerungszahlen nicht kontinuierlich fallen. Stand heute zeigt der Bevölkerungssaldo in Heidenheim erstmals nach oben. Ich weiß nicht wirklich, was ausschlag- gebend für diese Bevölkerungsentwicklung ist. Ich bin jedoch überzeugt, dass Arbeitsplätze, Bildungs- kompetenz, Aufenthaltsqualität und der Mut Dinge anzupacken, wichtige Beiträge dazu sind. Ergänzt um weiche Standortfaktoren, wie sie auch bei der „werkSTADT“ genannt wurden, kann zumindest eine stabile Bevölkerungsentwicklung erreicht werden.

## **Vermögenshaushalt**

Das Volumen des Vermögenshaushaltes für das Haushaltsjahr 2012 beläuft sich auf 20.780.000 Euro. Für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen stehen 18,9 Millionen zur Verfügung. Die Schwerpunkte richten sich auch hier an den strategischen Handlungsfeldern aus. Obgleich wir seit Jahren zu den Kommunen gehören, die überdurchschnittlich investieren, wissen wir doch um die vielen offenen Positionen der zukünftigen Investitionsvorhaben.

Im Mai diesen Jahres hatten wir in diesem Saal über die Schul- und Hallenbaumaßnahmen der nächsten Jahren beraten. Allein die dafür kalkulierten Ausgaben von über 30 Mio. Euro machen deutlich, wie groß und wie wichtig diese Aufgabe für uns ist. Das Handlungsfeld Bildung und Betreuung wird damit nicht nur wie seit Jahren im Verwaltungshaushalt, sondern explizit auch im Vermögenshaushalt abgebildet. Für das Haushaltsjahr sind circa neun Millionen Euro eingeplant. Damit kann die Generalsanierung der Westschule weitgehend zum Abschluss gebracht werden. Über 6 Millionen Euro kostet damit dieses Sanierungsvorhaben, das die Erweiterung des Ganztagesbereiches und die Barrierefreiheit beinhaltet.

Durch die räumliche Verlagerung des Kindergartens Humboldtstraße an die Ostschule und des Kindergartens Immergrünweg an die Silcherschule wird die Kooperation zwischen den schulischen und vorschulischen Einrichtungen begünstigt und forciert. Außerdem können Räume wie Mensa, Bewegungsräume, Schulküche, naturwissenschaftliche Räume oder Werkstätten gemeinsam genutzt werden, was mittelfristig zu Einsparungen von Betriebskosten führt.

Entsprechend dem Bedarf berufstätiger Eltern werden beide Grundschulen und beide Kindertageseinrichtungen zu Ganztageseinrichtungen ausgebaut. Dem Gedanken der Inklusion wird insofern Rechnung getragen, dass beide Einrichtungen durch den Einbau von Aufzügen barrierefrei sein werden. Die Schaffung von 140 zusätzlichen Betreuungsplätzen der Kindertageseinrichtung im Bildungshaus Silcherschule für die Firmen Voith und Hartmann sind ein weiterer Meilenstein zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch ein nicht zu unterschätzender Anreiz für Fachkräfte, nach Heidenheim zu kommen. Zum Ausbau der Kleinkindbetreuung soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass wir nunmehr mit 210 Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen und bis zu 101 Plätzen in der Tagespflege für Kinder unter drei Jahren derzeit eine Versorgungsquote von 26 % erreichen. Mit dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr wird ab August 2013 ein weiteres Kapitel der Kleinkindbetreuung aufgeschlagen. Für Ostschule und Silcherschule sind im Plan 2,6 Mio. Euro bereitgestellt.

Ein weiteres Schulbauvorhaben kommt mit einer halben Million an der Eugen-Gaus-Realschule nunmehr zur Realisierung. Damit wird nicht nur die Gebäudesanierung fortgesetzt, mit diesem Paket erhält die Schule einen neuen Fachklassenanbau sowie nach Abbruch des Pavillons auch einen neugestalteten größeren Schulhof. Der Wunsch nach einer zügigen Sanierung ist verständlich, jedoch wird mit Blick auf das Gesamtvolumen im Schulhaushalt deutlich, dass alles zur gleichen Zeit nicht finanzierbar ist, wie auch zu große Eingriffe in den Gebäudekomplex zu Problemen im Schulbetrieb führen würden. Energetische Sanierungen sind für die Erneuerung der Heizungsanlage der Friedrich-Voith-Schule vorgesehen. Dort steht auch die Sanierung der Schulküche mit 115.000 Euro an.

Im Konzept zur Sanierung der Fachklassenräume werden im Planjahr beim Max-Planck-Gymnasium Biologiesäle und in der Hirscheckschule der MNT-Raum vorgeschlagen. An der Mittelrainschule soll ein weiteres Zimmer für den Montessori-Zug renoviert werden. Weniger konkret ist im Moment die Umsetzung des Sportentwicklungsplanes im Bezug auf eine weitere Sporthalle. Die Verwaltung wurde vom Gemeinderat beauftragt, Alternativen zum Standort Ludwig-Lang-Straße zu suchen. Parallel dazu wird eine mögliche Zusammenarbeit mit dem hsb am Standort Sparkassen-Sportpark besprochen. Dagegen befindet sich der Anbau an die Ballspielhalle in Schnaitheim vor dem Zeitplan. Eine zweite Rate mit 400.000 Euro hierfür und eine erste Rate mit 500.000 Euro für die Sporthalle sind im Plan eingestellt.

Die Gemeinschaftsschule: für die einen pädagogisches Teufelszeug, für die anderen pädagogisches Allheilmittel. Wahrscheinlich ist, dass diese neue Schulform weder das eine noch das andere sein wird! Gleichwohl - die Stadt als Schulträger wird dieser Schulform unvoreingenommen und offen gegenüberstehen müssen. Denn unabhängig von pädagogischen Gründen, zu denen sich eine Stadtverwaltung nur

bedingt ein Urteil erlauben kann, wird die Gemeinschaftsschule die Möglichkeit eröffnen, einerseits auf das veränderte Übergangsverhalten der Schüler nach der Grundschule zu reagieren – immer weniger wählen eine Werkreal- oder gar eine Hauptschule, immer mehr eine Realschule oder gleich das Gymnasium – und andererseits die demografische Entwicklung mit zurückgehenden Schülerzahlen zu berücksichtigen. Hinzu kommt, dass Eltern auch in Heidenheim nach einer Gemeinschaftsschule verlangen werden, wenn sie denn einmal im Schulgesetz steht, was im Frühjahr 2012 der Fall sein soll. Dann wird vom Schulträger eine Antwort verlangt werden. Allerdings will ich deutlich sagen, dass mit einer Gemeinschaftsschule nicht einfach begonnen und eine solche Schule auch nicht vom Schulträger von oben her verordnet werden kann. Vielmehr muss hierfür ein pädagogisches Konzept entwickelt werden, und zwar von der Schule, von den Lehrern, von der Schulgemeinschaft.

Dies bedeutet, dass sich zunächst die weiterführenden Schulen in Heidenheim darüber klar werden müssen, ob sie eine Gemeinschaftsschule werden wollen, was wiederum voraussetzt, dass Lehrer und Eltern von diesem Weg überzeugt sein müssen. Sollte eine Heidenheimer Schule bereit sein, diesen Weg zu beschreiten, wird sie auf diesem Weg vom Schulträger begleitet werden. Übrigens hat die Stadtverwaltung mittlerweile bei allen weiterführenden Schulen in Heidenheim angefragt, ob Interesse an einer Entwicklung zur Gemeinschaftsschule besteht. Man darf gespannt sein!

Wohnen in der Innenstadt liegt im Trend – vor allem weil die Infrastruktur, die besonders unsere Stadt auszeichnet, über kurze Wege erreichbar ist. Unsere Antwort sind seit Jahren die städtebaulichen Erneuerungsgebiete. Insgesamt rund 31,5 Mio. Euro haben wir gemeinsam mit Bund und Land in die fünf derzeit laufenden Gebiete investiert, Aufstockungsanträge in Höhe von 8,3 Mio. Euro sind bereits gestellt. Das Landessanierungsgebiet „Stadtmitte“ ist abgeschlossen, auch wenn dort noch „Baustellen“ rund um das Coop-Areal übrig bleiben. Die Bibliothek steht dort zur Diskussion, die Konzeption für ein „Haus der Bildung“ ist noch nicht zielgruppenscharf, dies wurde auch bei der „werkSTADT“ deutlich. Ich schlage Ihnen vor, dass wir im neuen Jahr uns einen Tag Zeit nehmen, dass wir das Projekt Bildungshaus / Bibliothek, wie es bei uns aufgelegt ist, miteinander diskutieren, akzeptieren oder fortentwickeln, dass wir die ein oder andere Bibliothek anschauen und dann zu weiteren Vorgaben kommen.

Das Soziale Stadt-Gebiet „Voithsiedlung“ endet nächstes Jahr. Bis dahin werden noch private Modernisierungsmaßnahmen gefördert. Mit dem Bürgerverein haben wir einen engagierten Partner, über den das Miteinander der Generationen und Nationen gestärkt und über einzelne Modellvorhaben auch finanziell unterstützt wird. Sichtbare Fortschritte haben wir im Soziale Stadt-Gebiet „Wilhelm-/ Kastorstraße“ gemacht. Neben privaten Modernisierungen sind weitere Straßenabschnitte zur Sanierung vorgesehen. Bund und Land haben dieses für uns äußerst erfolgreiche Programm beendet. Deshalb müssen wir von unserem ursprünglichen Plan Soziale Stadt-Gebiet „Oststadt“ Abstand nehmen. Davon unabhängig suchen wir nach neuen Möglichkeiten, dieses wichtige Stadt-Quartier aufzuwerten.

Innerstädtische Gewerbebrachen sind eine große Chance für die langfristige Entwicklung unserer Stadt, aber auch eine echte Herausforderung im Hinblick auf eine sinnvolle Nutzung für kommende Generationen. Am Ploucquet-Areal werden Möglichkeiten und Grenzen im Hinblick auf Lebensmittelmarkt, Wohnungsbau, Voith-Ausbildungszentrum und Gesundheitshaus besonders deutlich. Aus dem gleichen Programm stammen die Mittel für den Abbruch des WCM-Geländes. Mit einem Aufstockungsantrag in Höhe von 3 Mio. Euro positionieren wir uns bei Bund und Land. Die WCM – damit meine ich auch die Zukunft des nördlichen Teils um die Rote Halle – wird uns als Aufgabe im nächsten Jahrzehnt beschäftigen. Im Zentrum der begleitenden Diskussion steht für mich die Konzeption wissenschaftsnaher Einrichtungen sowie die Weiterentwicklung zum Campus im Umfeld der DHBW. Wenn in anderen Städten die Erweiterungen der Hochschulen an Grenzen stoßen, müsste doch eine sachliche Prüfung ob der Anbindung an die Duale Hochschule Heidenheim zulässig sein. Nicht zuletzt unter dem Druck der Doppeljahrgänge, die ihr Studium beginnen. Auch darüber sollte man reden, vielleicht an anderer Stelle, aber zumindest nachdenken.

Zur großen Zahl der Investitionen und Förderungen gehören notwendige Beschaffungen der Feuerwehr und Brandschutzmaßnahmen an Gebäuden. Im Kunstmuseum wollen wir zwei Seminarräume, die bisher noch das Hellenstein Gymnasium nutzen, in Dauerausstellungsräume umbauen. Darin wird die Schen-

kung von Dr. Alfred Gunzenhauser gezeigt, welche an die Bedingung geknüpft ist, sie in Teilen dauerhaft zu präsentieren. Die Schenkung umfasst, nachdem sie kürzlich noch einmal aufgestockt wurde, zur Zeit 33 Kunstwerke, darunter herausragende Bilder von Paul Klee, Otto Dix oder Willi Baumeister. Der Wert aller Werke beträgt momentan ca. 1,3 Millionen Euro, wobei uns Dr. Gunzenhauser eine Erweiterung seiner Schenkung in Aussicht gestellt hat. Die beiden neuen Dauerausstellungsräume werden es dem Kunstmuseum in Zukunft außerdem ermöglichen, in kleinen Kabinettausstellungen Werke aus seiner Sammlung regionaler Kunst zu präsentieren.

Einmal mehr fließt dem Straßenbau und der Entwässerung ein großer Anteil des Vermögenshaushaltes zu und bleibt doch wieder hinter dem Notwendigen zurück. Für 2012 ist die Erneuerung eines weiteren Teiles der Felsenstraße und die restliche Sanierung der Wiesenstraße mit Fritz-Schneider-Straße und Werner-Walz-Straße geplant. In einem zweiten Bauabschnitt soll die Albert-Schweitzer-Straße bis zur Virchowstraße und Sebastian-Kneipp-Straße fertiggestellt werden. Im Kreuzungsbereich wird ein Kreisverkehr angelegt. Damit ist die gesamte Achse Ernst-Degeler-Straße zur Albert-Schweitzer-Straße und Virchowstraße komplett saniert und eine weitere Haupteinfahrtsstraße mit einer Buslinie fertig gestellt. Die Steinheimer Straße soll in einem letzten Bauabschnitt ab der Firma Edelmann nach Westen bis zur Wedelbrücke saniert werden. Zuvor wird ein Regenklärbecken erstellt und danach der Fahrbahnbelag erneuert. Die Gesamtsumme der Investitionen für den Bereich Straßen, Wege usw. beläuft sich auf rund vier Millionen Euro. Im Abwasserbereich sind Investitionen in einer Größenordnung von 1,3 Millionen zu verzeichnen. Wie immer ist komplementär zu den Straßenbaumaßnahmen auch an den Kanälen zu arbeiten.

Wenn ich mit dem vergleichsweise geringen Betrag von 30.000 Euro an Planungsleistungen für die Aussegnungshalle im Waldfriedhof mit meinem Teil der Ausführungen zum Vermögenshaushalt ende, will ich zweierlei zum Ausdruck bringen. Einmal kommen wir damit der Kritik vieler Bürger am nicht mehr würdigen Bild und Zustand der Aussegnungshalle nach. Wir wollen zunächst mit den Kirchen über Defizite und Notwendigkeiten reden und danach Planungen in Auftrag geben. Zum anderen wird mit diesem Schritt ein Vorhaben eingeleitet, das aus heutiger Sicht knapp eine Million Euro an Folgefinanzierungen auslöst. Soviel zu den Notwendigkeiten der städtischen Investitionen für heute und morgen.

Ich denke, auch der Entwurf des Haushaltsplanes 2012 wird dem begonnenen Weg der kontrolliert wachsenden und lernenden Stadt gerecht. Es gilt nun, das Zahlenwerk umzusetzen und es mit Leben zu erfüllen.

## **Dank**

Abschließend danke ich für das engagierte Miteinander. Zusammen mit Bürgermeister Domberg gilt die Anerkennung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere Herrn Stadtkämmerer Dieter Zeeb für seine hochengagierte Leistung im Allgemeinen und der gemeinsam mit Herrn Baumann aufgelegten Haushaltsplanung.

Unser aller Dank soll den vielen ehrenamtlich Tätigen, unseren Kirchen, Schulen, Vereinen, Institutionen und Organisationen und besonders unseren Unternehmen gelten. Sie alle sichern die Lebensqualität für unsere Bevölkerung. Ihnen, den Stadträtinnen und Stadträten, sowie den Ortschaftsräten danke ich schon jetzt für eine zukunftsorientierte Haushaltsplanberatung. Meinen Dank an unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger verbinde ich mit der Bitte, an der „werkSTADT“ Heidenheim auch künftig teilzuhaben. Zusammenhalt und Zukunft einer generationengerechten Stadt ist ein lohnenswertes Ziel.

Stadtkämmerer Zeeb macht folgende Ausführungen zum Haushaltsplanentwurf 2012:

*(Es gilt das gesprochene Wort.)*

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

### „Mehr Lebensqualitätsverbesserung als Lebensstandardsteigerung“

Dies war eine der visionären Thesen des Zukunftswissenschaftlers Professor Dr. Horst Opaschowski im Rahmen unserer „werkSTADT“. Begründet hat er diese These mit einem Umdenken der Menschen aber auch mit der Tatsache, dass diese künftig im Schnitt weniger Geld zur Verfügung haben werden. Wenn die Bürgerinnen und Bürger weniger haben werden, gilt dies im Regelfall auch für den Staat und die Kommunen. Dies ist allerdings bei den öffentlichen Haushalten leider keine Vision, sondern weitgehend bereits Realität, wie auch ein Blick in unsere Mittelfristige Finanzplanung zeigt. In den nicht durch Finanzausgleichsbelastungen geprägten Jahren 2014 und 2015 weisen wir gerade noch eine Nettoinvestitionsrate von rund 4 bzw. 5 Millionen Euro aus. Für eine Stadt wie Heidenheim viel zu wenig, auch wenn wir Opaschowski folgend unsere Standards reduzieren würden.

Allerdings werden wir um diese Situation von vielen Städten und Gemeinden beneidet. So stehen in Nordrhein-Westfalen zahlreiche Städte und Gemeinden, auch Großstädte, unter Zwangsverwaltung; in Rheinland-Pfalz wurde vom Land ein Entschuldungsprogramm für überschuldete Kommunen aufgelegt. Diese Kommunen, wie auch der Bund und eine Vielzahl der Länder haben über Jahrzehnte mehr ausgegeben als eingenommen und zerbrechen nun trotz niedriger Zinsen an der Schuldenlast. Deshalb hat die Bundesregierung 2009 eine Schuldenbremse für den Bund und die Länder beschlossen.

Wie weitsichtig waren wir in Heidenheim, als im Rahmen der Klausurtagung 2004 eine Verschuldungsobergrenze von 47 Millionen Euro festgelegt und damit schon frühzeitig ein Beitrag zur intergenerativen Gerechtigkeit geleistet wurde. Ich betone, eine Obergrenze, nicht nur eine Schuldenbremse. Damit konnten wir eine gewisse finanzielle Kontinuität sicherstellen, wohlwissend, dass damit Konjunkturschwankungen nicht vollständig ausgeglichen werden können. Wir waren aber immerhin in der Lage, Komplementärmittel in nicht unerheblichem Umfang für das Konjunkturprogramm des Bundes und den Sanierungsprogrammen aufzubringen und somit hohe Zuschüsse nach Heidenheim zu holen. Diese Strategie gilt es fortzuführen; ich meine, die Beibehaltung einer auf Kontinuität ausgelegten Investitionsplanung haben wir mit der Mittelfristigen Finanzplanung umgesetzt. Die erfreulich hohen Steuereinnahmen der Jahre 2008 bis 2011 wurden so verteilt, dass wir ein ausgewogenes Investitionsvolumen bis 2015 ausweisen können und dabei dennoch die finanzielle Flexibilität erhalten bleibt. Und das brauchen wir, denn von Bund und Land können wir aufgrund deren Sparzwänge auf wenig Unterstützung hoffen.

Bis vor kurzem waren die konjunkturellen Daten äußerst erfreulich; dadurch entwickelte sich der Arbeitsmarkt positiv und bei den Sozialkassen war eine deutliche Entlastung festzustellen. Nachdem die Wirtschaftswissenschaftler nun von einem Rückgang des Wirtschaftswachstums auf oder unter ein Prozent ausgehen, wird dies von der Deutschen Bundesbank wie folgt freundlich umschrieben: „Die mittelfristigen Aussichten haben sich in letzter Zeit aber bei erhöhter Unsicherheit stärker eingetrübt als zuvor erwartet“. Für unsere Planungen liegt bisher lediglich ein vorläufiger Haushaltserlass für 2012 vor. Angaben für die Mittelfristige Finanzplanung wurden bisher nicht veröffentlicht. Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die November-Steuerschätzung auf unseren Haushalt auswirkt, den ich nun im Detail vorstellen darf.

### **Haushaltsvolumen**

Das Haushaltsvolumen 2012 beträgt insgesamt 143,54 Millionen Euro, davon entfallen 122,76 Millionen Euro auf den Verwaltungshaushalt und 20,78 Millionen Euro auf den Vermögenshaushalt. Gegenüber dem Nachtragsvolumen 2011 mit 160,58 Millionen Euro bedeutet dies einen Rückgang von rund 17 Millionen Euro oder 10,6 %. Der Nachtrag 2011 war allerdings geprägt durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer von 15 Millionen Euro und den damit einhergehenden Veranlagungszinsen von 1,2 Millionen Euro. Vergleichen wir das Volumen mit dem Ursprungsplan 2011 mit 140,82 Millionen Euro ergibt sich eine Steigerung für 2012 in Höhe von 2,72 Millionen Euro. Der Verwaltungshaushalt steigt um rund 5 Millionen Euro, wogegen der Vermögenshaushalt sich um 2,3 Millionen Euro reduziert. Kein Beinbruch, denn das Jahr 2011 war noch geprägt durch die Konjunkturspritze des Bundes.

### **Verwaltungshaushalt**

Die relativ günstigen finanziellen Rahmenbedingungen erlauben es auch 2012 auf Steuererhöhungen zu verzichten, obwohl in der Mittelfristigen Finanzplanung des Vorjahres für 2012 eine Erhöhung bei der



Grundsteuer vorgesehen war. Die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr erfordert eine Neukalkulation der Gebühren. Dadurch entsteht kein Mehraufkommen, sondern lediglich eine Verschiebung innerhalb des Kreises der Gebührenpflichtigen. In die Kalkulation sind aber Verlustvorträge aus den Vorjahren mit einzubeziehen, wodurch Mehreinnahmen bei den Abwassergebühren erreicht werden. Ziel der letzten Kalkulation der Bestattungsgebühren war eine hundertprozentige Kostendeckung. Der Trend zu kostengünstigen Bestattungen hält weiter an, sodass wir bereits schon 2012 wieder einen Abmangel im Bestattungswesen von 109.400 Euro ausweisen müssen.

Die Grundsteuer bewegt sich mit 7,31 Millionen Euro bei lediglich einer Steigerung von rund einem Prozent weitgehend auf dem Vorjahresniveau. Bereits im letzten Jahr hatte ich bei Anwendung der Preissteigerungsrate auf den Hebesatz der Grundsteuer B ein Erhöhungspotenzial von rund 60 %- Punkten in den Raum gestellt. Die Diskussion um die Modifizierung der Bemessungsgrundlagen für die Grundsteuer geht unvermindert weiter, eine Einigung ist aber noch nicht abzusehen.

Die Liste der städtischen Einnahmen wird seit 2008 wieder eindeutig von der Gewerbesteuer angeführt. Von 2007 mit 22,2 Millionen Euro stieg sie 2008 auf 27,7 Millionen Euro und im allgemeinen Finanzkrisenjahr 2009 sogar auf 29,3 Millionen Euro. Nach 26,5 Millionen Euro 2010 konnten wir im Nachtrag 2011 nun 35 Millionen Euro ausweisen, ein absoluter Spitzenwert, den wir uns früher oftmals in Deutscher Mark gewünscht hätten. Entsprechend dem aktuellen Soll der Vorauszahlungen haben wir den Ansatz 2012 mit 22,5 Millionen Euro gewählt. Es gibt mehrere Gründe für den im Vergleich zu 2011 überraschend niedrigen Ansatz, dem zugegebenermaßen auch ein gewisser Grad an Vorsicht anhaftet. Als erster Grund sind die hohen Nachzahlungen aus Betriebsprüfungen zu nennen. Des Weiteren gab es 2011 einige Abrechnungen, aufgrund derer zwei Vorauszahlungsjahre nach oben angepasst wurden, also eine Dreifachwirkung eines Abrechnungsbetrages. Wichtigster Grund für die vorsichtige Planung ist allerdings die hohe Volatilität der Gewerbesteuer. Konjunkturschwankungen spiegeln sich oftmals überproportional im Gewerbesteueraufkommen wieder. So stellen wir in den vergangenen Wochen bereits verstärkt Anpassungsanträge nach unten für die Vorauszahlungen der Jahre 2011 und 2012 fest.

Elementares Ziel der von der Bundesregierung eingesetzten Gemeindefinanzkommission war die Verstärkung der kommunalen Einnahmen durch den Ersatz der Gewerbesteuer oder deren Reformierung. Eine die Kommunen zufriedenstellende Ersatzlösung konnte nicht gefunden werden. Die Gewerbesteuer bleibt uns also erhalten, bei unserer derzeitigen Einnahmesituation sicherlich kein Beinbruch.

Die Entlastung des Landkreises und somit der Kreisumlage durch die schrittweise Übernahme der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund sowie die stärkere Sensibilisierung der Ministerien in Sachen Konnexität können von kommunaler Seite als wichtigste Erfolge der Gemeindefinanzkommission verbucht werden.

Wohl auch konjunkturabhängig, nicht aber den starken Schwankungen der Gewerbesteuer unterworfen, ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, der mit 17,345 Millionen Euro ausgewiesen wird, eine Steigerung von rund 1,45 Millionen Euro oder 9,1 % gegenüber dem Vorjahr; allerdings noch über 2 Millionen Euro unter dem Aufkommen des Spitzenjahres 2008. Für die Jahre 2012 bis 2014 wurde die Schlüsselzahl für den Einkommensteueranteil auf der Basis des Jahres 2007 neu festgesetzt. Für Heidenheim sinkt sie ein weiteres Mal, ein Zeichen für die unterdurchschnittliche Entwicklung der Einkommen in Heidenheim gegenüber dem Landesdurchschnitt. Allerdings scheint die Dynamik der früheren Rückgänge gebrochen. So ist die Schlüsselzahl auf Einwohner umgerechnet zwischen den Basisjahren 2004 und 2007 sogar um rund 1 % angestiegen, allerdings ein schwacher Trost bei einem Einwohnerrückgang von rund tausend Einwohnern zwischen 2004 und 2007.

Im Kreisdurchschnitt steigt die Schlüsselzahl pro Einwohner mit knapp 1,5 % stärker als in Heidenheim. Beim Betrachten der Schlüsselzahl pro Einwohner im Vergleich der 11 Kreisgemeinden tritt erst recht Ernüchterung ein. Hier nimmt Heidenheim weiterhin den vorletzten Platz ein, bei einem Abstand von rund 20 % gegenüber den Nachbargemeinden Königsbronn, Nattheim und Steinheim. Der Abstand zum an Nummer neun platzierten Gerstetten beträgt immerhin noch rund 5 %. Lediglich Giengen hat eine geringere Schlüsselzahl als Heidenheim, ein Zeichen dafür, dass in den beiden größten Kommunen des Land-

kreises die Zahl derer mit geringem oder keinem steuerpflichtigen Einkommen überdurchschnittlich hoch ist.

Im Planentwurf nicht berücksichtigt sind die Auswirkungen einer eventuellen Steuersenkung. Sollte sie 2012 kommen, sind wir je nach Modell mit 300.000 bis 600.000 Euro betroffen.

Die Vergnügungssteuer konnte um 60.000 Euro auf 780.000 Euro und die Hundesteuer um 10.000 Euro auf 170.000 Euro angehoben werden.

Die Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft steigen gegenüber dem Vorjahr um rund 1,95 Millionen Euro auf 10,9 Millionen Euro. Basis für die Zuweisungen sind die Steuereinnahmen des Jahres 2010 und diese lagen unter denen des Jahres 2009.

Der hohe Rücklagenstand erlaubt eine Anpassung der Zinseinnahmen gegenüber 2011 um 420.000 Euro auf 2,4 Millionen Euro. Die Zinsen aus Gesellschafterdarlehen gehen aufgrund der Tilgungen um 38.000 Euro auf 402.000 Euro zurück. Nach Sonderausschüttungen in den Vorjahren werden die Gewinnanteile von der Stadtwerke Heidenheim AG wieder mit 2,7 Millionen Euro eingeplant. Die Konzessionsabgaben wurden wie im Vorjahr mit 2,65 Millionen Euro veranschlagt.

Auf der Ausgabenseite dominieren die Personalausgaben mit 29,3 Millionen Euro, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 740.000 Euro. Eingeplante Tarifsteigerungen bei den Beschäftigten mit 2 % und bei den Beamten mit 1,2 % überlagern weitgehend die nach wie vor konsequenten Anstrengungen aus dem Konsolidierungsprogramm, so zum Beispiel bei allen Stellenwiederbesetzungen den Bedarf kritisch zu hinterfragen. Hauptausschlaggebend für die Steigerung sind aber neu aufgenommene Personalkosten für die Zukunftsakademie mit 72.200 Euro, für das Bildungshaus Silcherschule mit 571.000 Euro und das Bildungshaus Ostschule mit 209.300 Euro. Im Gegenzug reduzieren sich die Personalausgaben bei der Kindertageseinrichtung Humboldtstraße um rund 150.000 Euro.

Durch den ganzjährigen Betrieb der Bildungshäuser ist ab 2013 mit weiteren Personalkostensteigerungen von 1,4 Millionen Euro zu rechnen.

Bereits zum Nachtrag 2011 wurden weitere Mittel für die Unterhaltung der städtischen Einrichtungen mit rund 500.000 Euro bewilligt. Auf diesem Niveau bewegen sich auch die Ansätze 2012 mit insgesamt rund 5,56 Millionen Euro. Lediglich 1 % Steigerung wurde bei den Bewirtschaftungskosten zugrunde gelegt. Basis für die Kalkulation war das Rechnungsergebnis 2010. Die 2011 bereits erfolgten bzw. angekündigten Preiserhöhungen bei Strom und Gas lassen nur noch geringen Spielraum für weitere Preisadjustierungen 2012. Insbesondere durch die zwangsläufig kommende Erhöhung der EEG-Umlage lassen hier wie auch bei den Stromkosten der Straßenbeleuchtung eine eventuelle Überziehung befürchten. Andererseits bauen wir auf Einsparungen durch unsere energetischen Sanierungen.

Die weiteren Verwaltungs- und Betriebsausgaben reduzieren sich um 40.000 Euro gegenüber dem Vorjahr auf rund 8,6 Millionen Euro. Wesentliche Einsparungen bzw. Kürzungen ergaben sich 2012 beim SWR4-Hörerfest mit 250.000 Euro, bei der „werkSTADT“ und dem Festival „Neue Musik“ mit jeweils 65.000 Euro, bei den Aufwendungen für das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen mit 75.000 Euro, für Zensus und Wahlen mit 77.000 Euro, für die Einführung der gesplitteten Abwassergebühr mit 150.000 Euro und für die Durchführung von Mikroprojekten in den beiden sozialen Stadtgebieten mit 160.000 Euro. Mehraufwendungen resultieren im Wesentlichen aus folgenden Positionen: 131.000 Euro für die Veranstaltungskosten der Opernfestspiele, denen allerdings entsprechende Einnahmen gegenüberstehen, 55.000 Euro für eine Sonderausstellung des Kunstmuseums und 250.000 Euro für die Betriebskosten der Kläranlagen. Anzumerken ist, dass diese Veränderungen im Rahmen der Budgetverhandlungen berücksichtigt wurden.

Die städtischen Zuschüsse für den laufenden Betrieb an Dritte erhöhen sich um 412.000 Euro auf rund 8,9 Millionen Euro. 206.000 Euro werden mehr an die freien Träger der Kindergärten, 90.000 Euro laut

Beschlusslage des Gemeinderats an die Heidenheimer Verkehrsgesellschaft mbH für das Stadtbuskonzept und 48.000 Euro für die Verlässliche Grundschule ausgegeben.

Gegenüber dem Vorjahr reduziert sich die Gewerbesteuerumlage entsprechend den geringeren Einnahmen um 3,287 Millionen Euro. Die gesunkene Steuerkraftsumme wirkt sich sowohl bei der Finanzausgleichsumlage wie auch bei der Kreisumlage mit einem Minus von jeweils 1,69 Millionen Euro aus. Allerdings wurde bei der Kreisumlage eine Hebesatzsteigerung von 0,5 %-Punkte auf 35,5 % unterstellt. Trotz dieser Reduzierungen belasten die Umlagen den städtischen Haushalt mit rund 35 Millionen Euro, dies entspricht 28,5 % des Verwaltungshaushaltes.

Mit Ausnahme der allgemeinen Finanzmittel sind die bisher genannten Positionen in die Fachbereichsbudgets eingebunden. Bei der Vorstellung der Controllingberichte wurde deutlich, dass die Finanzdecke in den Budgets auch durch die Konsolidierungsmaßnahmen stark geschrumpft ist und zahlreiche Budgets nur durch Überträge aus den Vorjahren ausgeglichen werden können. Ein weiteres Beharren auf den bisherigen Zuschussbudgets hätte nicht mehr nur mit herkömmlichen Sparmaßnahmen aufgefangen werden können, sondern nur durch Verzicht auf zahlreiche Leistungen. Dies ließe sich in Zeiten hoher Steuereinnahmen nur schwer vermitteln. Deshalb wurden die Zügel bei der Budgetbemessung leicht gelockert. Von der zusätzlichen Budgetsumme von rund 1,2 Millionen Euro entfallen allein 900.000 Euro auf das Budget Familie, Bildung und Sport. Hier schlagen insbesondere die bereits genannten Personalkosten für die Bildungshäuser zu Buche.

Die neue Landesregierung will wieder ein Wahlrecht für das Buchhaltungssystem einführen. Deshalb wurde im Einvernehmen mit dem Gemeinderat der Projektablauf modifiziert, um die neue Gesetzgebung abzuwarten und Chancen für eventuelle Vereinfachungen zu nutzen. Dies ist meines Erachtens kein Beinbruch, denn mit der flächendeckenden Zuschussbudgetierung, d. h. es werden nicht nur die Ausgaben, sondern auch die korrespondierenden Einnahmen in die Budgets einbezogen, hat die Stadt bereits seit 2006 ein hervorragendes und praktikables Steuerungsinstrument eingeführt.

Unter Berücksichtigung einer Deckungsreserve von einer Million Euro verbleibt noch eine Zuführung zum Vermögenshaushalt von 2,48 Millionen Euro. Wenn damit die Tilgungen mit 1,865 Millionen Euro finanziert sind, verbleibt als Nettoinvestitionsrate lediglich noch ein bescheidener Betrag von 615.000 Euro. Ich unterlasse eine Wiederholung meiner Ausführungen vom Vorjahr, möchte allerdings darauf hinweisen, dass wir von kommunaler Seite in Baden-Württemberg weitgehend unsere Hausaufgaben, was Haushaltskonsolidierung und Sparmaßnahmen anbetrifft, gemacht haben. Eine weitere Übertragung von Aufgaben durch Bund und Land ohne Gegenleistung wird auch irgendwann von uns nicht mehr zu schultern sein.

### **Vermögenshaushalt**

Das Volumen 2012 beläuft sich auf 20,78 Millionen Euro. Nach Abzug der Tilgungen verbleiben für Investitionen noch rund 18,9 Millionen Euro. 2,3 Millionen Euro entfallen davon auf die Anschaffung von beweglichen Vermögen, rund 965.000 Euro mehr als im Vorjahr. Die Steigerung resultiert insbesondere aus Sondermaßnahmen, wie die Erstausstattungen der Bildungshäuser Silcherschule und Ostschule mit 300.000 Euro bzw. 100.000 Euro. Weitere Steigerungen gegenüber dem Vorjahr sind bei der LuK mit 40.700 Euro, der Feuerwehr mit 135.000 Euro, den sonstigen schulischen Aufgaben mit 76.500 Euro, den Sportstätten mit 77.500 Euro, den Städtischen Betrieben einschließlich des Bereiches Winterdienst mit 130.000 Euro, sowie beim Bestattungswesen mit 92.800 Euro zu verzeichnen.

Darüber hinaus können zahlreiche langjährige Wünsche der Schulen 2012 erfüllt werden. An die Verantwortlichen gerichtet, möchte ich bereits heute feststellen, dass diese großzügige Handhabung bei den Anschaffungen mit Blick auf die Mittelfristige Finanzplanung sicher kein Selbstläufer in den folgenden Jahren sein wird.

Wie schon im Vorjahr wird der Vermögenshaushalt von den Hochbaumaßnahmen dominiert, insbesondere für die Bereiche Bildung und Betreuung. Für die Westschule werden weitere 1.018.000 Euro bereitgestellt, damit ist diese Maßnahme bis auf eine Verpflichtungsermächtigung von 390.000 Euro für 2013

durchfinanziert. 2,6 Millionen Euro werden für die Silcherschule bereitgestellt, damit sind 3,9 Millionen Euro der Gesamtkosten von 4,2 Millionen Euro abgedeckt. Abgeschlossen wird das Bildungshaus Ostschule mit einer Schlussrate von 1,24 Million Euro. Eingestiegen wird in die 5,7 Millionen Euro teure Generalsanierung der Eugen-Gaus-Realschule mit einer Rate von 500.000 Euro. Neben zahlreichen kleineren Einzelmaßnahmen sind noch der zweite Bauabschnitt der Brandschutzmaßnahmen für das Rathaus mit 216.000 Euro, der Umbau der Räume im Kunstmuseum für die Sammlung „Gunzenhauser“ mit 332.000 Euro sowie die energetische Sanierung des Kindergartens Hochbergweg mit 280.000 Euro zu nennen.

Für den Straßenbau werden insgesamt 2,8 Millionen Euro bereitgestellt. Der erste Bauabschnitt der Felsenstraße und die Wiesenstraße mit insgesamt 1,35 Millionen Euro können durch Sanierungstöpfe gefördert werden. Voll aus Eigenmitteln zu finanzieren sind der zweite Bauabschnitt der Albert-Schweitzer-Straße und der dritte Bauabschnitt der Steinheimer Straße mit insgesamt 1.080.000 Euro. Damit sind diese Straßenbaumaßnahmen abgeschlossen. Korrespondierend zu den Straßenbauten sind auch die Straßenbeleuchtungsmaßnahmen durchzuführen. Insgesamt werden 270.000 Euro benötigt, wovon aber allein 100.000 Euro auf die energetische Verbesserung alter Leuchten entfallen. Für die notwendigen Kanalbauarbeiten im Zuge der Straßenbauten werden 1.266.000 Euro benötigt.

Investitionszuschüsse werden 2012 in Höhe von rund 1.114.000 Euro bewilligt. 443.700 Euro entfallen auf Investitionszuschüsse für Vereinssportanlagen, wovon allein 430.000 Euro für die Restfinanzierung des Anbaus an die Ballspielhalle Schnaitheim mit Außenanlagen ausgegeben werden. Auf 180.000 Euro beläuft sich die erste Rate an die Deutsche Bahn AG zur Schaffung eines barrierefreien Bahnhofs. Die restlichen Mittel entfallen auf zahlreiche Maßnahmen im Kindergartenbereich. Besonders zu erwähnen sind 144.400 Euro für die Gebäudesanierung des Kindergartens Igelhecke, 237.100 Euro für die Reha-Südwest GmbH zur Einrichtung einer Kindertagesstätte mit Krippengruppe und 35.000 Euro für Sanierungsmaßnahmen im Kindergarten Carl-Schwenk-Straße.

An sonstigen Investitionen sind insbesondere zu nennen:

- Über 3,1 Millionen Euro sollen für die Sanierungsgebiete ausgegeben werden, davon 170.000 Euro für den Bereich Soziale Stadt Voithsiedlung zur Restabwicklung, rund 1,6 Millionen Euro für den Bereich Soziale Stadt Wilhelmstraße/Kastorstraße, sowie 1,35 Millionen Euro für das Sanierungsgebiet Ploucquet-Areal. Bei letztgenanntem Gebiet werden die Mittel weitgehend für den am 27.09.2011 vom Gemeinderat beschlossenen weiteren Abbruch des nordöstlichen Gebäudekomplexes vorgesehen.
- 150.000 Euro für die Hofsanierung beim Feuerwehrgerätehaus Schnaitheim
- 450.000 Euro für die Renaturierung der Brenz entlang des Ploucquet-Areals
- und Ersatzbeschaffungen für die Kinderspielplätze in Höhe von 140.000 Euro

Zur Finanzierung des Vermögenshaushalts stehen neben der bereits erwähnten Zuführung des Verwaltungshaushalts mit 2,48 Millionen Euro 591.000 Euro Rückflüsse von Darlehen, 2,3 Millionen Euro Erlöse aus Grundstücksveräußerungen, sowie staatliche Zuwendungen in Höhe von 1,4 Millionen Euro zur Verfügung. Bei den letztgenannten sind insbesondere die Zuwendungen für die Westschule in Höhe von 217.000 Euro, für die Eugen-Gaus-Realschule in Höhe von 200.000 Euro und für die Bildungshäuser Silcherschule und Ostschule mit 160.000 Euro bzw. 80.000 Euro zu erwähnen. Daneben werden weitere Mittel für die Sanierungsgebiete Soziale Stadt Voithsiedlung in Höhe von 102.000 Euro und Soziale Stadt Wilhelmstraße/Kastorstraße in Höhe von 423.000 Euro eingenommen. Schlussendlich sind eine Million Kreditaufnahmen und 12,76 Millionen Euro Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage vorgesehen. Um Vergaben tätigen zu können, die erst 2013 und 2014 in den Haushaltsplan aufgenommen werden, wurden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 3.050.000 Euro für die Maßnahmen „Beschaffung eines Löschfahrzeuges der Freiwilligen Feuerwehr, Westschule, Eugen-Gaus-Realschule, Bildungshaus Silcherschule und Wiesenstraße“ aufgenommen.

### **Rücklagenbestand**

Die guten Rechnungsergebnisse der Vorjahre erlaubten den Rücklagenbestand nach und nach bis zum 01.01.2012 auf gut 59 Millionen aufzustocken. Nach Abzug der Finanzierungsmittel für 2012 in Höhe von 12,76 Millionen Euro wird der Stand zum Jahresende 2012 46,4 Millionen Euro betragen. Nach Ab-

zug des Mindestbetrages für die allgemeine Rücklage und der Mittel aus den Aktienerlösen der GBH sind noch 22,3 Millionen Euro frei verfügbar.

### **Schuldenstand**

Zum 01.01.2012 wird der Schuldenstand geringfügig unter der selbst gesetzten Verschuldungsobergrenze von 47 Millionen Euro liegen. Wie bereits erwähnt, werden 2012 1,865 Mio. Euro getilgt, andererseits ist ein Kreditaufnahme von einer Million Euro vorgesehen. Diese Kreditaufnahme ist rein vorsorglich für eventuelle zinsgünstige Förderdarlehen eingeplant. Sollten keine entsprechenden Programme aufgelegt werden, kann auf die Kreditaufnahme bei entsprechender Erhöhung der Rücklagenentnahme verzichtet werden. Wir setzen uns auch hin und wieder mit der Frage auseinander, ob bei unserem Rücklagenbestand eine außerordentliche Tilgung sinnvoll wäre. Unsere Philosophie war und ist, das derzeitig günstige Zinsniveau langfristig für unsere Darlehen zu sichern. Diese Vorgehensweise ziehen wir einer kurzfristigen Schuldenreduzierung vor, die eventuell mit der Notwendigkeit schon 2014 neue Kredite bei gestiegenem Zinssatz aufnehmen zu müssen, verbunden wäre. Im Übrigen stellt sich diese Frage erst 2013 wieder, wenn einige Zinsbindungen von Darlehen auslaufen.

### **Mittelfristige Finanzplanung**

Die Finanzplanung bis 2015 wurde mit folgenden Vorgaben erstellt:

- Gewerbesteueraufkommen 2013 bis 2015 jeweils 25 Millionen Euro
- Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes um 30 %-Punkte ab 2013
- Für die sonstigen Steuereinnahmen Berechnung nach der Mai-Steuerschätzung, da die Orientierungsdaten vom Innenministerium noch nicht vorliegen.
- Nach Inbetriebnahme der Bildungshäuser nur noch geringfügige Personalkostensteigerungen und keine Steigerungen bei den Sachkosten.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben und den frei verfügbaren Rücklagenmitteln ist es uns möglich, ein ausgewogenes Investitionsvolumen von durchschnittlich rund 18,5 Millionen Euro bis 2015 zu finanzieren. Nach den vorliegenden Planzahlen wäre allerdings 2015 eine Nettokreditaufnahme von 4,2 Millionen Euro erforderlich, wodurch die Verschuldungsobergrenze geringfügig überschritten würde. Dies gilt es natürlich in den folgenden Jahren zu verhindern.

Nichtsdestotrotz haben wir für 2012 bis 2015 eine Ausgangslage, wie sie, meines Erachtens, noch nie gegeben war.

Sollten die Rahmenbedingungen wie geplant eintreten, können wir eine Vielzahl von kostenträchtigen Baumaßnahmen im Bildungs- und Betreuungsbereich schlussfinanzieren und auch Dank noch vorhandener Sanierungsmittel zahlreiche Straßen- und Kanalbaumaßnahmen abwickeln. Zu berücksichtigen gilt es, dass für ein Haus der Bildung lediglich knapp 2 Millionen Euro anfinanziert und für die Entwicklung des WCM-Areals keine Mittel eingeplant sind. Sollten hierfür oder für andere Maßnahmen Mittel zusätzlich benötigt werden, bleibt nichts anderes übrig, als jetzt aufgenommene Maßnahmen in Folgejahre zu verschieben.

Ich darf kurz zusammenfassen: Die investive Seite der Stadtfinanzen stellt sich bis 2015 durch die verfügbaren Rücklagenmittel recht komfortabel dar. Der laufende Betrieb, sprich der Verwaltungshaushalt, kann wohl weitgehend positiv gestaltet werden, die Nettoinvestitionsrate ist aber sehr gering. Wenn wir daran nicht weiterarbeiten, d. h. unsere Konsolidierungsmaßnahmen nicht weiterführen, haben wir spätestens 2016 nachhaltige Finanzierungsprobleme.

Wir werden deshalb nicht umhinkommen, weiterhin Aufgabenkritik, wirtschaftliches Handeln der Verwaltung sowie effektiven Einsatz der Personal- und Sachressourcen einzufordern, um die finanziellen Voraussetzungen für mehr Lebensqualität in Heidenheim zu sichern. Dabei gilt es, wie bisher die zwangsläufig unterschiedlichen Interessen sachbezogen zu diskutieren und unter einen Hut zu bringen.

Ganz bewusst habe ich auf Ausführungen zur Finanzkrise, die immer noch schwelt, und zur Eurokrise und deren Auswirkungen auf uns verzichtet, denn dies wären nur Spekulationen.

Wir müssen bei den uns bekannten Rahmenbedingungen unsere Hausaufgaben machen; das haben wir mit dem Ihnen vorliegenden Haushaltsplanentwurf getan.

Mein besonderer Dank für die Unterstützung und für schnelle Entscheidungen bei der Planaufstellung gilt Herrn Oberbürgermeister Ilg, ebenso Herrn Bürgermeister Domberg und den Kolleginnen und Kollegen Fachbereichsleiter für die von Vertrauen geprägte Zusammenarbeit, nicht nur während der Haushaltsplanphase. Autor des fast 650 Seiten umfassenden Planwerks ist Herr Baumann, ihm und seinem Team ein herzliches Dankeschön.

Stellen wir die Umsetzung des städtischen Haushaltsplanes 2012 als weiteren Baustein zur Erfüllung der strategischen Ziele der Stadt Heidenheim unter das Motto: „Erfolgreiches wirtschaftliches Handeln und soziale Gerechtigkeit müssen sich nicht ausschließen, sondern lassen sich sehr wohl verbinden.“